

Diskrepanz der politischen Arbeit in städtischen und ländlichen Gebieten

Beitrag zur Strategiedebatte von Marika Tändler-Walenta und Antje Feiks

DIE LINKE ist zweitstärkste Kraft in Sachsen. Wobei es einen für uns als Partei gravierenden Unterschied zwischen den städtischen und den ländlichen Gebieten in Sachsen gibt. Verfügen städtische Gebiete über einen Zuwachs an Bevölkerung und einen damit verbundenen hohen Anteil an gesellschaftlichen und politischen Angeboten, stehen ländliche Gebiete vor allem im Zuge der demografischen Entwicklung vor erheblichen Herausforderungen. Damit einher geht auch die Entwicklung in der Partei. Während es in den Großstädten Sachsens möglich ist, Mitglieder zu gewinnen und die Mitgliederzahlen in Richtung Konstanz zu entwickeln, haben wir in ländlichen Räumen mit der Überalterung der Mitgliedschaft zu kämpfen. Junge Menschen, die wir für uns gewinnen, ziehen nach wenigen Jahren in die Städte oder verlassen Sachsen. Diese gesellschaftlichen und innerparteilichen Herausforderungen können die ländlichen Räume nicht allein meistern.

Die Regionen außerhalb der Städte sind dabei erheblichen Disparitäten unterworfen. Keine Region gleicht der anderen. Strukturelle Gegebenheiten sind in dem Zusammenhang ebenso zu betrachten, wie Kapazitäten die uns als Partei DIE LINKE zur Verfügung stehen. Wird es uns nicht gelingen in den ländlichen Gebieten zum einen unsere innerparteilichen Kapazitäten zu halten bzw. in den Altersgruppen unter 60 auszubauen und gleichzeitig Themengebiete rückzugewinnen, werden wir zukünftig vor entscheidenden Problemen stehen.

An dieser Stelle stehen mögliche Entwicklungen vor allem vor den nachfolgenden wesentlichen Herausforderungen:

1) Uns steht ein **massiver Schwund an Mitgliedern** in den ländlichen Räumen Sachsens bevor, zum einen durch die zu hohe Sterberate im Vergleich zu den Geburtenzahlen und zum anderen durch Abwanderung. Dementsprechend haben im Landkreis Mittelsachsen zum Beispiel zwischen 1990-2011 insgesamt 45% der Jugendlichen zwischen 15-25 Jahren die Region verlassen. Eine Schwäche unserer Partei dabei ist, dass es uns in ländlichen Gebieten kaum gelingt, für Menschen im jugendlichen Alter attraktiv zu sein und längerfristige Bindungsangebote zu unterbreiten. Probleme, wie zu lange Wege und damit kostenintensive Vernetzung, Arbeitsorte außerhalb des Landkreises, was die aktive Mitarbeit erschwert, nur bedingt rosige berufliche Perspektiven sind hier stellvertretend für eine lange Liste an strukturellen Nachteilen in ländlichen Räumen zu nennen, die uns innerparteilich im gleichen Maße wie die gesamte Gesellschaft im ländlichen Raum treffen.

Mit der linksjugend [´solid] haben wir einen starken Jugendverband, allerdings stehen alle innerparteilichen Strukturen im ländlichen Raum vor den gleichen Herausforderungen, damit der Jugendverband selbst auch. Die Vernetzung der Altersgruppe bis 27 bzw. 35 erfolgt oft durch bzw. über die städtischen Aktivitäten und im geringstem Maße durch Jugendverbände in den jeweiligen Landkreisen. Veranstaltungen in ländlichen Räumen stehen in ungleichem Verhältnis zu Veranstaltungen in städtischen Gebieten - in der Vorbereitung, in der Anzahl, in der Kostenplanung.

2) Ein zweites sich stetig verhärtendes Problem lautet, dass die engagierten Parteimitglieder vor Ort wenig Kontakt zu den jeweiligen parteinahen Jugend-Gruppen haben, wenn es diese gibt. Die Verschiedenheit in der Herangehensweise an bestimmte Themen zwischen den unterschiedlichen Generationen wirkt oft problematisch und ist nicht ohne weiteres aufzulösen. Dies allein muss noch nicht zu Konflikten führen, jedoch aber der zunehmende **Mangel an Mittelspersonen**. Und

genau hier liegt unsere eigentliche Schwäche.

Uns ist es über die vergangenen Jahre nicht gelungen Menschen mittleren Alters (30-50 Jahre) für unsere Partei in einem ausreichenden Maße zu gewinnen, ob passiv als Wählerschaft oder aktiv als Parteimitglieder. Wir haben einen eklatanten Mangel an Personen dieser Altersgruppe sowohl in der Mitgliedschaft als auch in der Wählerschaft. Bei der vergangenen Landtagswahl haben in dieser Altersgruppe in Sachsen die WählerInnen wie folgt zum Gesamtwahlergebnis der LINKEN beigetragen:

25 - 35 Jahre 14, 6 Prozent

35 - 45 Jahre 12,6 Prozent

45 - 60 Jahre 18 Prozent

Unter der Berücksichtigung, dass unser Listenwahlergebnis in der Gruppe ab 60 Jahren sprunghaft ansteigt, kann angenommen werden, dass der Anteil am Gesamtwahlergebnis den 30 - 50jährigen lediglich 12 - 16 Prozent betragen kann. Politische kommunale Angebote und Aktivitäten bieten wir weiterhin nur für zwei Alterskohorten an – Jung und Alt.

3) Neben den innerparteilichen Strukturen mangelt es uns auch an **alltagsbezogenen Themenschwerpunkten**, welche die Menschen der Altersgruppe zwischen 30-50 Jahren beschäftigen. DIE LINKE hat den Anspruch, das soziale Gewissen auf allen politischen Ebenen zu sein.

Dabei vergessen wir allerdings oft, dass es Menschen gibt, die sich möglicherweise nicht kategorisieren lassen bzw. ihr Lebensalltag den Gedanken, dass sie z.B. unter prekären Bedingungen leben oder leben könnten, nicht zulässt. Das Leben und die Welt liegt noch vor ihnen. Darüber hinaus sind gerade in dieser Altersgruppe Zahlreiche entpolitisiert. Hier stellt sich logischerweise die Frage, warum das so ist. Viele von ihnen sind diejenigen, die einst Häuser besetzten, die noch 2004 an Protesten teilnahmen, die Studentenräte okkupierten.

Dabei sind Menschen jeglicher Altersgruppe zu einem hohen Prozentsatz in ihrem Handeln sozial bestimmt, aber eben auch alltagsbezogen. Die damit verbundene Grundannahme lautet, dass wir genau deshalb an unserem sozialen Profil festhalten müssen, aber aufgrund der bereits realen und zukünftigen Entwicklungen für weitere Themenschwerpunkte als Ansprechpartner bereitstehen sollten – unter dem Dach des Sozialen.

Die Kampagne „Das muss drin sein“ versucht erstmalig einen Teil-Brückenschlag. Gleichzeitig bestehen zwischen dem sog. Prekariat, den prekariert Beschäftigten und jenen Menschen, die Angst vor Prekarisierung haben, gravierende Unterschiede. Jede Gruppe ist also für sich auf unterschiedliche Art und Weise anzusprechen. Hinzu kommen gesellschaftliche Entwicklungen in Sachsen, wie das Sinken der offiziellen Arbeitslosenzahlen und der leichte Anstieg der Löhne.

Diese Entwicklung dürfen und können wir nicht ignorieren, sondern wir müssen die Fakten in die Strategiebildung mit einbeziehen! Ansonsten kämpfen wir gegen Windmühlen.

Eine Frage dabei ist, wie wir Anknüpfungsfähigkeit herstellen zu jenen, die möglicherweise Angst haben vor Prekarisierung? Im Hier und Jetzt sind das Menschen in Beschäftigung, die teilweise eher zur Besitzstandswahrung neigen, als für solidarisches Miteinander auf die Straße gehen. Darunter befinden sich aber auch diejenigen, die einst politisch aktiv waren. Schaffen wir es, diese Gruppe wieder zu politisieren oder sind sie so sehr von ihren Ängsten geplagt, dass sie alle Kraft darauf verwenden, sich selbst Lebensplanungssicherheit zu erkämpfen? Bekommen wir diese Menschen für unsere Ideen mobilisiert, weil sie ihnen die Sicherheit zurückgeben, die sie suchen?

In Sachsen sind *Gewerkschaften* im Vergleich zu den alten Bundesländern schlechter verankert, wenngleich sie sich zumindest in Richtung Stabilisierung bewegen. Wir haben alle die Einschnitte der letzten Jahre im strukturellen Bereich der Gewerkschaften registriert.

Hinzu kommt, dass Gewerkschaften in unserem Bundesland nicht die historische Legitimation, wie in den alten Bundesländern, haben.

Der Schrumpfungprozess seit 1990 ist nicht den Gewerkschaften anzulasten, denn sie sind in Betriebe gegangen, haben gewerkschaftliche Arbeit dort organisiert und trotzdem haben sie ähnliche Probleme wie politische Parteien. Zwischen 2010-2014 hat sich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder stabilisiert und liegt bei rund 6,1 Millionen bundesweit.

Mit der Kampagne „Das muss drin sein“ haben wir als Partei eine Chance, Teile der Bevölkerung zu erreichen, die bislang noch nicht institutionell auch von uns als Partei angesprochen wurden. Dabei wird versucht, gewerkschaftspolitische Motive für eine Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE zu stärken und über einen längeren Zeitraum hinweg zu bedienen.

4) Allerdings bedeutet die breite Umsetzung einer Kampagne genauso wie die Umsetzung von flächendeckenden Wahlkämpfen innerparteilich auch, dass wir über **Ressourcen** und **Themenuntersetzung für alle Regionen** reden müssen.

In den ländlichen Regionen stellt sich die Frage, wie eine solche Kampagne strukturell und logistisch leistbar ist. Mit welchen Genossinnen und Genossen sollen wir die Kampagne „Das muss drin sein“ hier speziell im ländlichen Raum umsetzen?

Darüber hinaus fallen Wahlen überwiegend in gleiche Zeiträume, die für die zentrale Kampagne der Bundespartei vorgesehen sind. Damit verbunden sind logistische und strategische Meisterleistungen im ländlichen Raum, deren Gelingen offen gesagt in den Sternen steht.

Wahlkampfthemen, aber auch Kampagnenthemen orientieren sich zunehmend an Fragen der städtischen Gebiete. Kommunalpolitische Themen geraten in den Hintergrund, wohingegen zum Beispiel Fragen über Mietpreise, die in der ländlichen Region rein statistisch eine untergeordnete Rolle spielen, in den Vordergrund treten. Auch bei der „Linken Woche der Zukunft“ ist offenbar geworden, dass wir viele Lösungsansätze haben. Diese sind allerdings meist auf urbane Regionen zugeschnitten, kaum jedoch für ländliche Räume geeignet. Im Workshop zu Öffentlichem Personennahverkehr wurde ein Konzept diskutiert, welches vernachlässigt, dass es in der Fläche anderer Berechnungsgrundlagen für Bezuschussung bedarf, aber auch dass wir es in den Flächenkreisen mit nicht nur einem Verkehrsträger zu tun haben.

5.) Eine mögliche und im Endeffekt sogar sinnvolle Strategie für die Zukunft wären **regional bezogene Wahlkämpfe**. Themen werden an die spezifischen regionalen Gegebenheiten angepasst. Jedoch stößt diese sinnvolle Herangehensweise wiederum an ihre Grenzen, wenn man die Ressourcenfrage stellt. Neben den Kommunalwahlen zusätzlich Gelder für die Landtagswahl beiseite zu legen, ist in den meisten Kreisverbänden illusorisch. Mehr noch müssten die Themen in den Regionen erarbeitet werden, die nötigen Anpassungen und Präzisierungen geleistet werden. Welche Genossinnen und Genossen sollen diese Aufgabe übernehmen?

Eine weitere mögliche Herangehensweise ist die **Themenbesetzung von Politikfeldern, die historisch nicht von uns besetzt sind**. Immer unter dem Fokus des Sozialen und des Solidarischen. Eine Fokussierung auf soziale Themenfelder ist unabdingbar, dennoch erscheint eine Erweiterung der Themen als zukunftsfähig und notwendig.

Am Beispiel der Begrifflichkeit „Sicherheit“ soll verdeutlicht werden, was genau gemeint ist. Erscheint das Thema in erster Linie als unpopulär im Sinne der Wählerschaft und Anhängerschaft, erkennen wir bei genauerer Betrachtung die eigentliche Bedeutung. Sicherheit hat nicht an erster Stelle etwas mit institutionellen Staatstrukturen und hegemonialen Ansprüchen zu tun, sondern vornehmlich mit humanistischen Vorstellungen. Verbunden damit sind Fragen zur Sicherheit im Alter, zur Arbeitsplatzsicherheit, zur Lebensplanungssicherheit – also ein sicheres Leben, ein Leben ohne Angst für alle Generationen. Somit gibt es Zusammenhänge zu sehr alltagsbezogenen

Themen. Denn genau das sind die Fragen, die Menschen sich stellen, wenn sie entscheiden müssen, irgendwo zu bleiben. Zudem wirkt gefühlte Sicherheit in alle Alltagsbereiche hinein. Wir müssen solche Themenfelder alltagstauglich besetzen bzw. hinzugewinnen!

Die Begrifflichkeit „Sicherheit“ ist mit einem intrinsischen Wert und einem affirmativen Gefühl besetzt. Gleichzeitig liegt die Wortbedeutung der lateinischen Übersetzungen von Sicherheit in der Gleichsetzung mit einer Form der Für-Sorge.

Um ein solches Wort für alle Lebensbereiche zu denken, müssen wir an einer Argumentationsstruktur in unserem politischen Handeln arbeiten, eine unabdingbare Voraussetzung für kommunikatives Handeln. Nur wenn wir unser politisches Agieren, unsere Haltung kommunikativ verständlich machen können, wird unser politisches Handeln wahrnehmbar für die Menschen.

Die politische Kommunikation ist derzeit vornehmlich vom Populismus geprägt. Die Auseinandersetzungen um die Begrifflichkeit „Populismus“ fanden vor allem in den vergangenen Jahren statt. Auch im Rahmen der „Linken Woche der Zukunft“ wurde gefragt, ob wir einen neuen „Linkspopulismus“ brauchen. Das Hauptargument basiert auf der Aussage, dass es sich beim Populismus nicht um eine Einstellung handelt, sondern lediglich um einen politischen Stil der Meinungsvermittlung. Dabei steht vor allem das Volk (lat.: *populus*) im Mittelpunkt, verbunden mit einer Alltagsnähe der verwendeten Themenschwerpunkte. Rechtspopulismus ist dabei der Annahme nach immer mit einer Ideologie der Ungleichwertigkeit verbunden und kann als kleinster gemeinsamer Nenner der neuen rechten Parteien in Europa verstanden werden.

Linkspopulismus ist eine Möglichkeit, aber nicht die Antwort auf den sozialen und gesellschaftlichen Wandel, welchen wir zunehmend in Deutschland und dementsprechend in Sachsen feststellen.

Populismus ist nach unserem Dafürhalten nicht die Lösung.

Die Grundannahme des sozialen Wandels innerhalb der Gesellschaft ist die damit verbundene Modernisierungstheorie, welche eine planmäßige beschleunigte Entwicklung zur Industriegesellschaft benennt. Die Annahme lautet nun, dass rechte Einstellungen und Strategien als Lösungsansatz gegen die mit dem sozialen Wandel verbundenen Umbrüche und Ungleichheiten sowie die Zunahme von Unsicherheiten innerhalb der Gesellschaft, fungieren. Zumindest die „Mittlerstudie“ der Universität Leipzig der dort beschriebene „Rechtsextremismus“ tief in unserer Gesellschaft verankert ist, weit über das Spektrum rechter Parteien hinaus. „Rechtsextremismus“ wird in der Studie nach verschiedenen Haltungen seit 2002 kontinuierlich untersucht. Darunter fallen Chauvinismus, Sozialdarwinismus, Wunsch nach einer Führerfigur, Ausländerfeindlichkeit, gruppenbezogene Feindlichkeit – um einige Beispiele der untersuchten Facetten zu nennen.

Somit werden auch Pegida, Legida, Cediga und alle anderen Erscheinungsformen zum Teil erklärbar! Zudem gehen mit dem Modernisierungsprozess wirtschaftliche, demografische und kulturelle Veränderungen einher, welche zu verschärften sozialen Spannungen führen.

Der damit verbundene Kulturkampf kann innerhalb der Gesellschaft auf zwei verschiedenen Ebenen stattfinden.

Die erste Ebene des Kulturkampfes ist die kulturelle Abgrenzung des Eigenen vom Fremden. In diesem Zusammenhang ist das Konzept des Ethnopluralismus der „Neuen Rechten – Nouvelle Droite“ von Alain de Benoist zu verorten. Der Ethnopluralismus kann beschrieben werden als der „Mythos einer homogenen Nation – romantischer und populistischer Ultrationalismus, der der liberalen, pluralistischen Demokratie mit ihren grundlegenden Prinzipien des Individualismus und Universalismus feindlich gegenübersteht“ (Minkenberg 2013: S.11). Dabei gelang es der Neuen Rechten eine Brücke zwischen militanten Neonazis, nationalistischen Intellektuellen und

populistischen Politikern zu bauen. Verschwörungstheorien werden ebenso bedient (Kulturmarxismus) wie antielitistische (Anti-Establishment) Einstellungen. Ein Hauptmerkmal nimmt gerade aktuell der antimuslimische Rassismus ein, welcher nicht als ideengeschichtliche Kritik an religiösen Inhalten fungiert, sondern lediglich als Abgrenzungsmerkmal der europäischen Kultur im Sinne einer „weißen Rasse“.

Die zweite Ebene des Kulturkampfes ist die der wirtschaftlichen Abgrenzung. Wilhelm Heitmeyer beschreibt in diesem Zusammenhang die Annahme einer wirtschaftlichen Deprivationserfahrung, also die Angst vor dem sozialen Abstieg. Dabei kann die neue Qualität des Kapitalismus vor allem mit dem Flexibilisierungskonzept verbunden werden. Das „normale“ Arbeitsverhältnis hat seine Berechtigung unter der neoliberalen Politik verloren, womit Arbeitnehmer, die nicht flexibel erscheinen, zu den sogenannte Modernisierungsverlierern gehören. Die Menschen fühlen sich gleichzeitig bedroht von der neoliberalen Globalisierung und finden ihren Ausdruck in *Pegida* und Co. Damit ist es erstmalig gelungen eine *neue soziale Bewegung von rechts* zu etablieren. Der Schulterschluss des Bürgertums mit der rechten Szene ist dabei nicht neu, vor allem wenn wir uns die Geschehnisse um Rostock Lichtenhagen betrachten. Gerade jetzt müssen wir hier als LINKE präzise reagieren und unsere Haltung deutlich machen. Gleichzeitig sehen wir, dass soziale Bewegungen wie Occupy, Bloccupy oder die Indignados alleine nicht erfolgreich sein können. Populismus als Sprachstil kann zum Erreichen der Menschen beitragen. Jedoch zeigt sich nach 25 Jahren Oppositionstätigkeit in Sachsen, dass es uns nicht gelungen ist, die Menschen über unsere spezifische Politik zu informieren.

DIE LINKE hat also heutzutage verschiedene Aufgaben zu erfüllen und wir dürfen daran nur **nicht an Ausrichtungsfragen zerbrechen**. Innerparteiliche Verdrängungsdebatten helfen uns bei den vielfältigen gesellschaftlichen Anforderungen, die wir zu bearbeiten haben, nicht weiter, sondern bremsen uns insgesamt.

Daher plädieren wir für eine zukunftsorientierte Partei, die solidarisch alle Regionen und damit die unterschiedlichen Ausgangssituationen und Problemlagen erkennt, ernst nimmt, mit einschließt in ihrem politischen Handeln. Weiterhin müssen wir den gegenwärtigen gesellschaftlichen Problemlagen gerecht werden.